Hallische Nachrichten
General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Bildergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981. Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und kosten bei freier Zustellung in Halle und in allen Orten mit eigenen Vertreterstellen (sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 5.—, vierteljährlich Mk. 15.—.

Anzeigenpreis: die 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, Familienanzeigen Mk. 1.—, Sekrets-, Stellmittel- und ähnliche Anzeigen Mk. 2.—, die 90 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. — Nabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 13945.

Nummer 88 — **Halle, Freitag den 30. April 1920** — **32. Jahrgang**

Die Arbeit der Nationalversammlung.

Von Senator Dr. Petersen, M. d. N.

(Nachdruck verboten.)

Nun hat die Nationalversammlung unter dem Druck politischer Gründe, nicht zum Vorteil einer sachlichen Erledigung der noch ausstehenden Aufgaben, ein vorläufiges Ende gefunden. Daß der Beschluß der Mehrheitsparteien sachlich der richtige war, wird kaum noch von den Oppositionsparteien bestritten. Die Aufwühlung der politischen Leidenschaften durch den Kapp-Putsch und seine weiteren Auswirkungen auf linksradikaler Seite macht es aber politisch nötig, das Volk von neuem über die Zusammensetzung der Volksvertreter entscheiden zu lassen; dann wird nicht mehr behauptet werden können, daß die Zusammensetzung des Parlaments nicht mehr dem Willen des Volkes entspräche.

Fünfzehn Monate angestrengtester Arbeit unter schwierigsten Verhältnissen liegen hinter uns. Es hat kein Parlament in der Weltgeschichte gegeben, das in einer so kurzen Spanne Zeit so angestrengt gearbeitet hat. „Arbeiten und nicht verzweifeln" war vom ersten bis zum letzten Tage angesichts der Lage unseres Volkes innerpolitisch und außenpolitisch das Losungswort. Die scheinbare Endlosigkeit des Krieges bei völliger Aussichtslosigkeit in Verbindung mit physischem Elend hatte unser sapheres tüchtiges Volk, wie es sich auch im Kriege bewährt hat, zermürbt. Aufleinungen gegen die Beschlußfasser in jedem Gesatt brachten den völligen Zusammenbruch unserer staatlichen Ordnung; die Macht im Staate war an diejenigen gelangt, welche Gewehr und Handgranaten nicht fortwarfen. Die rechtliche Ordnung war der Gewalt auch im Innern gewichen. Ein in seiner Wachtstellung angesehenes Volk war Spielball siegreicher, haßerfüllter Feinde, ein wohlhabendes Volk war ein armes Volk, ein in seinem Zivilberuf arbeitsfreudiges, pflichtreues und moralisch hochstehendes Volk war ein arbeitsunlustiges, durch den Krieg und was er mit sich brachte, demoralisiertes Volk geworden, war in die Heimat zurückgekehrt, deren Grenzen sein starker Arm vier Jahre geschützt hatte. Da tönte in das Chaos hinein der Ruf der Volksbeauftragten, mit gleichem Recht aller Reichsangehörigen eine Volksvertretung zu wählen und ihr den Aufbau des Staates und der Wirtschaft auf dem Wege rechtlicher Ordnung anzuvertrauen. Der Stimmzettel sollte als politisches Wachtmittel an Stelle der Handgranate, die Verantwortung an die Stelle der Gewalt treten. Trotz aller Widerstände, offiziöser Boykottrungsstelle konnten die Wahlen durchgeführt werden; die Nationalversammlung fand in Weimar gastliche Aufnahme unter dem Schutz geringer, aber für die Tagung sich als ausreichend erweisender, freiwillig zusammengetretener militärischer Kräfte. Aber noch waren erbeitete Teile deutschen Landes — ich erinnere an Bremen, Braunschweig, München — nicht gewillt, sich dem Gebot der Vertretung des deutschen Volkes zu fügen. Es ist niemals politisch klinkloser nach einem starken Manne als dem Heilbringer gerufen worden, als damals. Eine einzelne Persönlichkeit kann in solcher Zeit nur Heilung bringen, wenn sie die Machtmittel hat, um sich gegen die Widerstände durchzusetzen.

Hier konnte nur helfen: Festhalten an dem Gedanken der Demokratie und damit an dem gleichen ausschließlichen Recht aller Bürger und Bürgerinnen, den Staat aufzubauen und zu erhalten; eine Politik ruhiger, verständiger, geduldiger Arbeit, um Ruhe und Sicherheit, Besonnenheit und Pflichterfüllung herbeizuführen. So war es ethisch und politisch geboten, die Parteien zusammenzuführen, die bejahungsvolles zur Demokratie hielten und gewillt waren, die schwere Verantwortung für positives Schaffen zu übernehmen. Das konnte nur, wie die Parteiverhältnisse in Deutschland liegen, im Rahmen der Koalitionspolitik geschehen. Die Bildung dieser Koalition und das Festhalten an ihr, wenn nicht zwingende Gründe das Gegenteil forderten, wurde und blieb leitender Gedanke. Die Gesetzgebung konnte nur auf der Diagonale der Kräfte der Koalitionsparteien geschehen. Personenfragen und sachliche Differenzen über einzelne Paragraphen mußten ihre Erledigung finden auf grund sachlichster, die Bedeutung der Einzelfragen im Vergleiche zu den entscheidenden Gesichtspunkten einschätzender Ueberlegung.

Dies kann nicht genug in der jetzt bevorstehenden Aufklärungszeit den Wählern klargelegt werden. Wir sehen, daß nach heute das gleiche politische Recht und die Rechtsordnung nicht vor Gewalttätigkeiten geschützt sind. Radikale Kräfte sind noch heute trotz der furchtbaren Geschehen um den Bestand unseres Reiches wie unseren Wirtschaft am Werke, die Gewalt wieder an Stelle des Rechts zu setzen. Da gilt es für unsere wie für die anderen Koalitionsparteien, aufs strengste am Grundsatz des gleichen politischen Rechts festzuhalten.

Die Nationalversammlung hat die Verfassung in kurzer Zeit geschaffen, hat auf vielen Gebieten unseres Wirtschaftslebens den Uebergangsschwierigkeiten zu normaler Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte Rechnung tragen müssen; Schwierigkeiten, die erhöht wurden durch eine zügellose Streiklust im Innern, durch die rücksichtslose verhängnisvolle Behandlung seitens unserer Feinde während eines sogenannten Friedenszustandes, der sich kaum von den vorhergehenden Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen unterscheidet. Dazu kam eine Haltung der Opposition von rechts und links, die in ihrer Leidenschaftlichkeit, zum großen Teil geschäftlichen, die Volksleidenschaften entfesselnd, vielfach weit die Grenzen überschritt, welche nationales Gewissensbewußtsein in solchen Zeiten ziehen sollte. Die sachliche gerechte Würdigung der Arbeiten der Koalitionsregierung wie der Mehrheitsparteien wird einer sachlichen Beurteilung der Tatsachen zu geben haben. Wir, die wir die mühe- und verantwortungsvolle Arbeit geleistet haben, können dem Urteil getrost entgegensehen.

So soll der erste deutsche Reichstag die Arbeit fortsetzen. Aus unseren Erfahrungen heraus wollen wir wünschen: es möge ihm vergönnt sein, in ruhiger, von Gewaltakten im Innern und Außen nicht mehr gestörter und gefördert Arbeit das auszubauen, wozu die Nationalversammlung die Grundlage und den Anfang geschaffen hat. Wird die Ordnung des Rechts nicht mehr gestört, so wird der auf vier Jahre gewählte Reichstag die Zeit zu ruhiger Ueberlegung und Entschließung finden, die erforderlich ist, um die Gesetze so zu gestalten, daß sie unserem Vaterland und Volke zum Segen gereichen werden. Das kann nur geschehen, wenn das deutsche Volk bei den Wahlen dem Radikalismus von rechts und von links eine deutliche Absage erteilt, wenn es gegenüber dem gleichen Recht, das ihm geworden ist, dem Gebot gleicher Pflichterfüllung einsichtsvollen Zusammenarbeitens, Vereinigung der Kräfte für die Politik einer ruhigen, organischen Entwicklung folgt. Dieses Gebot muß als kategorischer Imperativ von allen erkannt und befolgt werden, die am 6. Juni mit ihren Stimmzetteln die zukünftige Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen.

Die Ansiedelung der Baltikumer.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes teilte der derzeitige preußische Ministerpräsident Braun mit, wie er sich die Ansiedlung der Baltikumer denke, von der gestern hier schon die Rede war. Herr Braun erzählte, unter den im Munsterlager versammelten Baltikumer- und Grybardtruppen wären viele, welche des Landwirtschaftens überdrüssig seien und Sehnsucht nach friedlicher wirtschaftlicher Betätigung auf eigener Scholle hätten. Diese Leute will nun Herr Braun mit Kultivierungsarbeiten auf staatlichem Boden oder auf entbehrlich gewordenen Truppenübungsplätzen beschäftigen und ihnen die Aussicht auf Ansiedlung auf diesen von ihnen kultivierten Flächen sowie auf den für Remontezwecken nicht mehr benötigten preußischen Staatsdomänen eröffnen. Braun stellte nur die Bedingung, daß die Leute aus den militärischen Verbänden vollständig ausscheiden und — der Herr Ministerpräsident war früher sozialdemokratischer Landarbeiterpolitiker — der regierungsfeindlichen verderblichen Agitation der um ihre Offiziersexistenz besorgten Offiziere entrückt werden.

Ein Rumpflandtag in Gotha.

In Gotha war trotz der Auflösung des Gothaischen Landtages durch den Regierungskommissar für vorgestern eine Sitzung des Landtages anberaumt worden, in welcher namentlich die Errichtung einer Arbeiterschaftskammer und die Absetzung des Regierungskommissars beraten werden sollte. Einige Mitglieder des Landtages, welche in der Einberufung — wohl nicht mit Unrecht — den Versuch eines unabhängigen Staatsstreiches vermuteten, wandten sich nach Berlin. Von hier wurde die Tagung durch den Regierungskommissar verboten. Trotzdem hatten zehn unabhängige Mitglieder des Landtages im Residenzschlosse eine Rumpf-Landtagssitzung abgehalten, in der sie, die sich so oft über das Gesetz hinwegsetzen ließen, die Maßnahmen des Regierungskommissars für ungesetzlich erklärten.

Großthüringen.

Der Reichsrat für Thüringen hat die Wahlen zum Landtag des neuen Gesamtstaates auf den 20. Juni anberaumt.

Um die Bedeutung des Zusammenschlusses der thüringischen Staaten hervorzuheben hat die Staatsregierung von Sachsen-Weimar den 1. Mai zum allgemeinen Feiertag erklärt.

Buck der Nachfolger Gradnauers.

Aus Dresden wird berichtet: In einer gemeinsamen Sitzung der sozialdemokratischen und der deutschdemokratischen Fraktion der Volkskammer wurde beute beschlossen, an der bisherigen Koalition unter voller Wahrung der programmatischen Selbständigkeit beider Fraktionen festzuhalten und der Kandidatur des früheren Kultusministers Buck als Ministerpräsidenten zuzustimmen.

Die Volksabstimmung in Ostpreußen.

Nach Warschauer Zeitungsmeldungen soll die Abstimmung in Ermland und in Masuren erst im Frühjahr 1921 erfolgen.

Die „bayrischen Brüder" im Zentrum.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Bei dem Abschiedsabend, den am Dienstag die Zentrumsfraktion im Reichstage veranstaltete, wandte sich der Chef der Fraktion, Trimborn, in seiner Rede auch an die „lieben bayrischen Brüder", die Mitglieder der bayrischen Volkspartei, die man gleichzeitig eingeladen hatte. Trimborn sagte: wir wollten durch unsere Einladung bekunden, daß die alte Herzens- und Gesinnungsgemeinschaft noch besteht, und wir hoffen, daß sie bald wieder ihren Einzug bei uns halten wird.

Neue Belastung des Berliner Stadtsäckels.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die sozialdemokratische Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat gestern gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien und trotz des Einspruches des Magistrats die neuen, über den erst kürzlich erfolgten Schiedsspruch hinausgehenden Lohnforderungen der städtischen Arbeiter bewilligt. Dadurch wird das finanzielle Gleichgewicht der Stadt Berlin von neuem empfindlich gestört und der Magistrat wird die Mehrausgaben, etwa 120 Millionen im Jahre, durch abermalige Erhöhung der Preise in seinen Werken decken müssen. Abermalige Lohnforderungen der städtischen Arbeiter werden die Folge sein. Aus diesem Kreislauf gibt es kein Entrinnen.

Aufklärung dringend nötig.

Aus Stettin wurde kürzlich die auf einem Gute erfolgte „Verhaftung" der sechsjährigen kleinen Tochter des Majors Bischof gemeldet. Dazu ließ der Oberpräsident erklären, es habe sich lediglich darum gehandelt, die Kleine nicht ohne Aufsicht zu lassen, da die Erzieherin zur Vernehmung nach Stettin mußte. Ein Flugblatt, das die deutschnationale Volkspartei in Pommern verbreiten läßt, hält nun aber an der Darstellung fest, daß das Kind in der Tat verhaftet worden sei und der Versuch unternommen wurde, von dem Kinde die Adresse des Vaters zu erfahren. — Der Fall wird noch näher zu untersuchen sein. Treffen jene Angaben zu, so läge eine Ungeheuerlichkeit vor.

England, Frankreich und der Rhein.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

-o- Paris, 29. April.

Obgleich die „Times", einer französischen Anregung Folge gebend, die Behauptung aufstellt, daß „die in jüngster Zeit entstandenen englisch-französischen Mißverständnisse auf eine haffenswerte deutsche Propaganda zurückzuführen seien", besteht kein Zweifel über die Entstehungsgeschichte dieses sogenannten Mißverständnisses: Der Kampf des nationalen Blocks in Frankreich um die Rheingrenze ist, seit dem Ministerium Briand (1916/17), die Ursache vieler hartnäckiger Debatten zwischen den Verbündeten gewesen und sindet heute seine Fortsetzung in einer Verfassungsrevision des Versailler Vertrages, feilend der französischen Nationalisten, die das Axiom der „natürlichen Grenzen", trotz Nationalitätenprinzips und trotz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ungeschwächt verteidigen. In der zu San Remo aufgestellten Note findet sich der vorsichtige Hinweis auf das der Aufklärung bedürftige Mißverständnis: Die Alliierten erklären feierlich, Annexionspläne deutschen Gebietes nicht zu hegen. Weder England noch Italien hatten es notwendig, eine solche Versicherung abzugeben, weil beide Staaten — wie sich aus den weiter unten folgenden Mitteilungen ergibt — von erster Stunde an gegen die Besetzung des Rheingebietes waren. Für Frankreich allein gilt jener Passus. Man verallgemeinerte ihn, um nicht das Kind beim rechten Namen zu nennen. Von nun ab ist dem Gerede der französischen Militaristen eine Grenze gesteckt. Ob sie wollen oder nicht — es steht fest, daß sich das Kabinett Millerand von den Rheinnsterpolitikern und deren Sprachrohr, dem Journal des Débats, hat ins Bockshorn jagen lassen. Es ist das schwerste Opfer, das das nationale Ministerium Millerand (mit Foch als spiritus rector) auf dem Altar des Bündnisses mit England bringen mußte.

Es handelt sich (das könnte man nach all den bisherigen Erfahrungen einwenden) bloß um eine „Note". Aber die Note ist eine Note, die jener Note ist ungemein aufschlußreich und beweist, daß England dem französischen Mißverkuertrauen kein hartes Nein gegenüberstellte, nicht erst in San Remo, sondern seit dem ersten Aufsuchen dieser Hoffnung im Hirne des Ministerpräsidenten Aristide Briand. Der war es, der Anfang 1917 mit dem Londoner Kabinette einen Gedankenaustausch über Frankreichs Kriegsziel an der deutschen Westgrenze einleitete. Den Rhein — ohne Zusatz — verlangte er. Was sich damals, hinter den Kulissen, zutrug, entnehme ich dem Aufsatze André Tardieus in der Pariser „Illustration" vom 24. April. Briand verstand es, einige britische Staatsmänner für die französische Ostgrenze zu gewinnen. Cambon, der französische Botschafter, ließ die Staat dieser Propaganda in den „maßgebenden Kreisen" aufgehen. Doch der Gegner des Rheinuferegedankens, Lloyd George, war nicht zu überzeugen. Tardieu spricht von dem „Pessimismus" Lloyd George, von einem englischen Schädel, in dem noch die „napoleonischen Bellommungen" nisten. Wenn ein Franzose so spricht, dann ist er wütend. Und Tardieu, der in den Vereinigten Staaten während des letzten Kriegsabschnittes den „Kampf um die Rheingrenze" führte, hat allen Grund, über Lloyd George, der nicht marschieren wollte, erbost zu sein.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte der Pariser Friedenskonferenz setzte der Streit um das französische Kriegsziel, die natürliche Grenze des Rheinstromes, wieder ein. Tardieu erschien seinem Chef Clemenceau eine „dilatorische Behandlung", und so kommt es, daß erst Ende April 1919, unter dem Eindrucke der absichtlich von Clemenceau verspätet lancierten Einladung an die Berliner Regierung, die Streitfrage im Rate der Vier angeschnitten wurde. Tardieu gibt den Wortlaut der britannischen Verzeichnung Lloyd Georges preis. Der englische Premier erklärte, daß Deutschland, durch eine langjährige Besetzung des linken Rheinufers verkrüppelt, um einen gewaltigen Teil seiner Einkünfte käme, überdies schwer belastet würde durch die Besatzungskosten, also den finanziellen Bestimmungen des Vertrages unmöglich nachkommen könnte, als im Falle vollständiger Verfügungsfreiheit über sein Grundgebiet. Doch Clemenceau ließ nicht locker. Er verwies auf die Besetzung im Jahr Kriege, auf die Unlöslichkeit eines Vertrages, der durch Gewalt zustande gekommen sei. Sechs Tage wogte der Streit hin und her. Da trat sich Wilson dazwischen und stimmte für Clemenceau. Lloyd George mußte weichen. Er setzte aber Anfang Juni, vor der Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge, zu einem neuen Angriffe ein. Lloyd George gab der Note die Bedeutung der deutschen Abweichung aus dem Vertrage zu streichen, falls die deutsche Regierung den Vertrag zu unterzeichnen sich weigern würde. Gewaltiger Sturm Clémenceaus, Lloyd George wäl abreisen, Wilson, der „Mann Tardieus", stimmt zum zweiten Mal Lloyd George nieder. Die unverstümmelte Besetzung wird zur Basis der Verständigung.

Nach diesem Rückblick auf die „erfolgreiche Politik Clemenceaus" bezieht André Tardieu: „Nur ein Mann wie Clémenceau verwecke Aehnliches zu erreichen. Lloyd George wird von einem anderen französischen Staatsmanne nicht so erfolgreich von seiner Insulanerangst vor der französischen Rheingrenze befreit werden. Immer wieder wird diese Frage auftauchen und ihren Einfluß auf die französisch-englischen Beziehungen geltend machen. Denn sie bildet den Drehpunkt unseres Verhältnisses zu England." In San Remo holte sich Lloyd George die erste Revanche, was nicht besagen will, daß die französische Rheinuferpartei die Flamme einstecken wird. Tardieu leistet uns einen Dienst dadurch, daß er die Aeußerungen Lloyd Georges über die finanziellen Folgen der Besetzung bekannt gemacht hat, sowie die Tatsache, daß die Deutschland aufgebürdeten Lasten beim besten Willen nicht getragen werden können.

Deutsche Nationalversammlung

Postwiedereröffnung vom 6. Mai ab.

Berlin, 29. April.

Bei leerem Hause wurden heute eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen unter Dach gebracht. So das Heimstättengesetz, bei dem besonders Kriegsbeschädigte, ferner verriebene Elsaßlothringer und Ostmärker berücksichtigt werden sollen; ferner das Zumutschadengesetz, das auch die Schäden ersetzen will, die durch Abwehr offener Gewalt hervorgerufen sind. Entschädigung wird gewährt unter Berücksichtigung der gesamten Vermögens- und Erwerbsverhältnisse, wenn und soweit ohne eine Entschädigung das Fortkommen des Betroffenen unbillig erschwert wird. Wer wissentlich falsche Angaben macht, geht des Schadenserfatzanspruches verlustig. Die Anmeldungsfrist ist von einem auf drei Monate verlängert worden. Die Annahme des Gesetzes erfolgte gegen die Stimmen der Rechten, der die Vorlage nicht weit genug ging.

Das Postgebührengesetz.

Der Reichsrat hat Anfang genommen an der Beseitigung der portopflichtigen Dienstsachen. Das Gesetz wurde daher der Nationalversammlung zurückgegeben.

Abg. Waldstein (Dem.): Bei der Beseitigung der portopflichtigen Dienstsendungen gingen wir davon aus, daß wir die Post von einer zur Unentgeltlichkeit gewordenen Belastung befreien wollen. Die Post selbst hatte uns vorgerechnet, daß die Einsparung rund ½ Stunde in Anspruch nimmt. Nun hat der Reichsrat Widerspruch erhoben, und wir haben uns in der Zwischenzeit überzeugen müssen, daß, so sehr die portopflichtigen Dienstsachen beseitigt werden müßten, dies mit einem Federstrich jetzt nicht möglich ist. Die Behörden würden die Briefe dann einfach nicht frankieren, und die Empfänger, d. h. die Bevölkerung, müßte Strafporto bezahlen. Daher hat der Ausschuß die Regierungsvorlage wieder hergestellt, so daß für portopflichtige Dienstsachen vom Empfänger das Porto und 10 Mk.-Aufschlag bezahlt werden müssen. Die Regierung überzeugt sich hoffentlich, uns bis zum 1. Oktober 1920 ein Gesetz vorzulegen, das die ganze Frage der Gebührenpflicht auf eine neue Grundlage stellt und am besten den Frankierungszwang bringt. Die höheren Gebühren können nach der Verzögerung durch den Reichsrat nun erst am 6. Mai in Kraft treten.

Reichspostminister Giesberts: Die Regierung ist mit den Beschlüssen des Ausschusses einverstanden. Auch sie meint, daß die portopflichtigen Dienstsachen möglichst bald verschwinden müssen, denn es handelt sich hier um einen Zopf aus alter Zeit. Er ist aber vorläufig nicht mit einem Federstrich zu beseitigen. Die Frage des Frankierungszwanges wird geprüft werden.

Wortmeldungen liegen nicht vor, die knapp zwanzig anwesenden Abgeordneten stimmen der Postvorlage zu.

Kleine Vorlagen.

Es folgt das Gesetz über die Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Danach werden als Wochenbeiträge bis auf weiteres erhoben in Lohnklasse I 90 Pf., II 1 M., III 1,10 M., IV. 1,20 M. und V 1,40 M.

Die Vorlage wird angenommen.

Zur ersten Beratung steht ein Gesetzentwurf über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. Danach soll die Einkommensgrenze von 5000 M. auf 15 000 M. erhöht werden.

Ueber diese Frage entspinnt sich vor nahezu leerem Hause eine zwistündige Aussprache, die mit Verweisung an einen Ausschuß endet.

Ein Antrag Dr. Bachnicke (Dem.), der die Regierung ersucht, aus den noch vorhandenen Heeresbeständen den Hilfsstellen Krankenhäusern und Pflegeanstalten Bett- und Leibwäsche sowie den wissenschaftlichen Forschungsinstituten Laboratoriumsapparate aller Art sofort zu erschwinglichem Preise zur Verfügung zu stellen, wird ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Die Vorlage über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit mußte bis zum 19. Mai verschoben werden, da Abg. v. Gräfe (Dn.) der sofortigen Erledigung widersprach und andererseits mit dem Antrage auf Ausdehnung des ganz offenbar beschlußunfähigen Hauses drohte.

Nächste Sitzung, Mittwoch 19. Mai, 3 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Die neue Besoldungsordnung. — Die Einwohnerwehren.

Berlin, 29. April.

Zu dem Entwurf der neuen Besoldungsordnung führt Finanzminister Lüdemann aus: Der Staat hat ein dringendes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Beamtenschaft sich in geschlossenen Einkommenverhältnis weiß. Dadurch wird gleichzeitig ein Anreiz zur Heranziehung tüchtiger Staatsdiener geschaffen. Die Neuregelung soll dazu dienen, das Gehalt der Beamten mit den schwankenden Teuerungsverhältnissen einigermaßen in Einklang zu bringen. Dreizehn neue Besoldungsgruppen sind unter Aufhebung der früheren Unterschiede zwischen unteren, mittleren und höheren Beamten eingeschoben worden. Eine Erschwerung lag darin, daß wir unsere Regelung nicht vornehmen konnten, bevor die Regelung der Besoldungsverhältnisse im Reiche erledigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200430017/fragment/page=0001

war, was erst gestern in der Nationalversammlung geschehen ist, wo noch eine Reihe erheblicher Abänderungen vorgenommen wurde.

Die Besoldungsvorlagen werden ohne Aussprache dem Ausschuß für die Besoldungsreform überwiesen.

Hierauf wird die Beratung der Anträge und Anträge betreffend die Einwohnerwehren, die Zurückziehung der Truppen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet usw. fortgesetzt.

Abg. Steinbrink (Soz.): Die Einwohnerwehren haben sich überall als reaktionär erwiesen. Man kann es wohl verstehen, daß die Arbeiter die Waffen nicht ohne weiteres herausgeben wollten, weil das rechtsstehende Bürgertum, namentlich auf dem Lande, schwer bewaffnet ist.

Minister des Innern Severing: Die Auflösung der Einwohnerwehren haben wir verfügt, weil wir nicht noch mehr in die Fesseln des Feindes kommen wollen. Wir wollen nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob wir es mit der Erfüllung des Friedensvertrages nicht ernst nehmen. Ueber den Ersatz der Einwohnerwehren wird das Reich sich mit der Entente zu verständigen suchen. Wir werden wohl zu einem Orts- und Flurschutz kommen, an dem auch die Arbeiter beteiligt sind. Der Leistungen der Sicherheitspolizei gedenken wir mit Dank.

Geheimrat Weißmann: Mit der Verhaftung des Abgeordneten Dr. Schreiber-Halle hat das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit nichts zu tun. Der General Hardenberg ließ ihn in Schutzhaft nehmen, weil er eine Versammlung im Freien abgehalten hatte, zu der die Erlaubnis entzogen war. Nicht einmal die Zustimmung des Regierungskommissars zu der Verhaftung war eingeholt worden. General Hardenberg ist abberufen und seine Stelle neu besetzt worden. Die Bestrafung ist Sache des Reichswehrministers.

Abg. Dr. Jarban (Dem.): Wir haben Vertrauen zum Minister des Innern. Allerdings muß er bei der Auswahl seiner Mitarbeiter vorsichtig sein. Er darf nicht bloß Gewerkschafter berücksichtigen.

Abg. Rippel (Dn.): Frankreichs Vormarsch beweist, daß uns die Feinde nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Ist der Minister in der Lage, uns mitzuteilen, wieweit Frankreich dabei durch die Herren Braß und Genossen beeinflußt wurde?

Abg. Ludwig (U. Soz.): Die Behauptung, daß das Verhalten meiner Freunde in Zusammenhang steht mit der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt, ist phariseerhaft.

Minister Severing: Von unserem ursprünglichen Vorhaben, südlich der Ruhr nicht militärisch einzugreifen, werden wir wahrscheinlich Abstand nehmen müssen. Wir können nicht warten, bis größere Ausschreitungen stattfinden.

Abg. Heilmann (Soz.): Ich warne die Rechte vor neuen Putschen. Ich warne auch die Hannoveraner, die nach mir vorliegenden Briefen sich mit dem Plane der Errichtung eines neuen Königsreichs Hannover tragen.

Abg. Freiherr von Wangenheim: (D. Hann.): Wir lehnen alle Putsche ab und auch jede Diktatur. Die Briefe sind erfunken und erlogen.

Die Aussprache schließt. Die Abstimmung wird ausgesetzt.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Ritter (Dn.) auf Einführung von Fahrpreisermäßigung für die Jugend wird angenommen.

Mittwoch, den 5. Mai, 1 Uhr: Abstimmung über die Einwohnerwehren u. a.

Nochmals der Fall Helmhake.

Der Fall Helmhake, der seinerzeit erhebliches Aufsehen erregte, beschäftigte gestern nochmals in der Berufungsinstanz das Oberkriegsgericht in Berlin.

Es handelt sich um Vorgänge während des Winterfeldzugs 1915, bei denen Oberleutnant d. R. Regierungsassessor Hiller den Füsilier Helmhake und mehrere andere Untergebene schwer mißhandelt haben soll. Seinerzeit wurde Oberleutnant Hiller zu sieben Wochen Festungshaft verurteilt. Gegen dieses Urteil, das in der Oeffentlichkeit einer sehr abfälligen Kritik seiner Milde wegen unterzogen wurde, legte der Gerichtsherr Berufung ein. Die eingelegte Berufung erstreckte sich nur auf den Fall Helmhake. Oberleutnant Hiller wird beschuldigt, den schwerkranken Helmhake eine Ohrfeige versetzt zu haben, als er zur Verbüßung einer Arreststrafe an einen Baum gebunden war. Außerdem soll er den Helmhake in ein schmutziges Erdloch unter Entziehung der Nahrung eingesperrt haben, wodurch schwere gesundheitliche Schädigungen und Tod herbeigeführt wurden. Als Helmhake aus dem Arrestloch entfernt wurde, soll er ihm noch einen Fußtritt gegeben haben.

Als Beisitzer in der Verhandlung führte Oberkriegsgerichtsrat Dr. Böhler, die Anklage vertritt der aus dem Marlohprozeß bekannte Kriegsgerichtsrat Mayer. Die

Vernehmung des Angeklagten

ergab, daß Oberleutnant d. R. Hiller schwal verwundet wurde. Der Angeklagte schildert, daß Helmhake kein guter Soldat gewesen sei und sich sehr unmilitärisch benommen habe. Er bestritt die unter Anklage gestellten Fälle. Er gab allerdings zu, daß er infolge seiner Verwundungen durch sehr viel Aerger in seiner Kompagnie etwas nervös geworden sei. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden ob bei Todesfällen seine Meldung an den Stabsarzt ginge, so daß die Leute also gewissermaßen nicht lange und klanglos starben, erwiderte der Angeklagte, sie hätten bei ihm weder Tisch noch Stuhl gehabt. Er schildert dann weiter, daß er niemals unterlagt habe, Helmhake zu verpflegen. Als Todesursache Helmhakes sei blutiger Blinddarmkatarrh festgestellt worden. Es wurde dem Angeklagten dann eine Aeußerung vorgehalten, die er getan haben soll, seine Kompagnie gibt es keine Kranken, nur Tote." Oberleutnant Hiller gibt zu, sich dem Sinne vielleicht einmal so geäußert zu haben. Nach Beendigung der Mittagspause wurde mit der

Beweisaufnahme

begonnen. Ein Soldat Rosenblüth bekundet, daß er einen Fall gesehen habe, wie ein Soldat eine Ohrfeige erhielt. In der Kompagnie sei es überhaupt bei Offizieren und Unteroffizieren Sitte gewesen, mit der Hand zu schlagen (Bewegung). Sehr lange dauert die Vernehmung des Sanitätsunteroffiziers Orth. Der Zeuge macht seine Aussagen nur sehr zögernd, so daß aus ihm fast nichts herauszuholen ist. Darauf folgt die eingehende Vernehmung des Kompagniearztes Dr. Müller als Sachverständigen.

Opfer des Kapp-Putsches.

Gegen das in voriger Woche durch die Presse gegangene Verzeichnis der „Sozialistischen Korrespondenz", in dem eine Anzahl mittelbeamter Beamter als durch den Kapp-Putsch „belastet" hingestellt wurde, wendet sich in einem Schreiben an uns Eisenbahnoberstekretär Pfeifer-Weißenfels mit der Bitte um Richtigstellung, da es sich in seinem Falle um Verleumdungen handele, die auf persönlichen Differenzen beruhen. Herr Pfeifer schreibt:

Ich habe meinen Dienst während der in Rede stehenden Zeit ausschließlich unter ständiger Aufsicht einer aus Gewerkschaftsmitgliedern gebildeten Ueberwachungskommission verrichtet und wäre, selbst wenn dies meine Absicht gewesen wäre, überhaupt nicht in der Lage gewesen, auch nur den geringsten Einfluß auf den Lauf der Dinge gegen die Beschlüsse der Beamten- und Arbeitergewerkschaften bezw. zugunsten Kapps auszuüben. Ich kann noch jetzt Gewerkschaftsmitglieder nennen, die bereit sind, unter Eid zu bestätigen, daß ich mich streng nach den Beschlüssen der Gewerkschaft verrichtet habe.

Der General als Kohlenarbeiter.

Die Presse hat des öfteren von den Vorschlägen für die radikale Reform der Reichswehr Notiz genommen, die der frühere Generalleutnant Löffler veröffentlicht hat. Löffler ist Thüringer. Er gehört zu denjenigen deutschen Heerführern, die sich im Kriege das besondere Vertrauen ihrer Truppe zu sichern verstanden, und denen es darum auch gelang, nach der Revolution ihre Truppe fest in der Hand nach Hause zu führen. Er hat dann seinen Abschied genommen. Die Arbeitsfreude und das Pflichtgefühl des alten Militärs veranlaßten ihn, auch weiterhin für sein Vaterland zu arbeiten. Mit dem richtigen Taktsenkmen, den leider nicht alle der früheren Offiziere besitzen, erkannte er, daß der Weg zur Gesundung Deutschlands nur über die richtige Lösung der sozialen Frage führt. Es muß gelingen, das Wollen und Fühlen des Arbeiters zu verstehen, seine gerechtfertigten Forderungen zu erfüllen und ihn dadurch zum freudigen Mitarbeiter am Staate zu machen. Generalleutnant Löffler bemühte sich, die Arbeiterfrage nicht aus Büchern, Artikeln und Versammlungen lennen zu lernen — er ging unter die Arbeiter selber. Er wurde Kohlenarbeiter. Längere Zeit war er in den Braunkohlengruben des Magdeburgischen Bezirks tätig und arbeitete dort unter Tage mit jeder anderen Bergarbeiter auch. Die Arbeiter bekamen bald heraus, wer er war. Der Ernst, mit dem er seiner Arbeit nachging, und sein offenes Wesen nahmen ihnen von vornherein den Verdacht, daß die „Exzellenz" sie etwa bespitzeln wolle. Sie hielten ihn zunächst für einen jener ehrlichen Schwärmer, wie sie heute in Deutschland gar nicht selten sind, die sich mit Feuereifer in ein neues Dasein stürzen, um es freilich, wenn sie seine Nöten kennen gelernt, nur zu schnell wieder zu verlassen. Der Generalleutnant Löffler aber hielt bei ihnen aus. Die Achtung der Arbeiter stieg. Und dann kam es, daß sie immer häufiger zu ihm sagten: „Wissen Sie — Sie sind uns zu gut für die Kohlenarbeit. Die können wir allein besorgen. Uns fehlt eine ganz andere Hilfe. Wir brauchen Führer. Wirtschaftliche und politische Führer. Das wäre eine Aufgabe für Sie!"

Generalleutnant Löffler hatte aber nicht den Ehrgeiz, sich auf der Tribüne des politischen Kampfes zu betätigen. Er wollte sachliche Arbeit und hat sich nun der großen Siedelungsfürsorge des Hauptmanns Schmude bei Völpke im Braunschweigischen angeschlossen. Hauptmann Schmude hat vor einem Jahre mit 50 Magdeburger Arbeitslosen und früheren Soldaten begonnen, die Siedelungsfrage praktisch zu lösen: Er will Bergarbeitern auf eigenem Boden ein eigenes Heim schaffen, damit sich die Bergarbeiter selber mit ihrer Hände Arbeit errichten. Unter unendlichen Schwierigkeiten ist man jetzt so weit, daß das erste Arbeiterhaus seiner Vollendung entgegensieht. Generalleutnant Löffler, der an dem Siedelungsunternehmen mitarbeitet, hat kürzlich in einem Vortrage in engeren Kreisen davon berichtet, was bisher an sichtbaren Erfolge durch die Siedelung zu erzielen sind. Der Arbeiter, der nun sein eigenes Haus, dazu zwei Morgen Land hat, die ihm alle seine Nahrungssorgen decken, wird durch diese selbstüchtlerische Tätigkeit losgelöst aus dem fortwährenden Prozeß der Mechanisierung des Industrielebens. Er wird seelisch ein anderer, sieht dem Leben wieder als Schaffender eines eigenen Werkes interessiert gegenüber. Da er auf seinem eigenen Grund und Boden seine Nahrungsmittel selber baut, rückt die Lohnfrage für ihn auf ein anderes Gleis: Er wird unabhängig von Angebot und Nachfrage des Lebensmittelmarktes, braucht den Lohn nicht mehr zur Deckung der elementarsten Bedürfnisse und kann ihn nach Belieben zur Verbesserung seiner Lebenshaltung verwenden. Schwierig ist nur die Beschaffung geeigneten Siedelungslandes. In dem erwähnten Vortrage führte Generalleutnant Löffler an, daß schon seit Jahren auf dem Gute des Freiherrn von Greifenau bei Völpke jedes Jahr siebenhundert Morgen Land infolge Arbeitermangels nicht bestellt werden. Diese siebenhundert Morgen würden hinreichen, um 350 Familien darauf anzusiedeln. Für Arbeitslose, das zeigt nicht so viel Industriearbeiter wie früher beschäftigen kann, und das jetzt neue Versorgungsmöglichkeiten für viele Tausende zur Entlassung kommender Reichswehrangehöriger schaffen muß ist es einfach eine Lebensfrage, ob es gelingt, durch geeignete staatliche Maßnahmen das nötige Siedelungsland bereitzustellen. Aufsetzung früherer Kriegsgüter, Heranziehung des agrarischen Großgrundbesitzes sind die geeigneten Mittel, die natürlich auf scharfen Widerstand der betroffenen Kreise stoßen . . .

Auf Grund der Erfahrungen unter der Arbeiterschaft, auf Grund seiner genauen Kenntnis der Arbeiterklassenverhältnisse warnt Generalleutnant Löffler alle, die sich der Illusion hingeben, man könne in Deutschland den Achtstundentag wieder abbauen und eine längere Arbeitszeit einführen. Die Arbeiterschaft strebe sich dagegen nicht etwa aus Mangel an Arbeitsfreude, die sei überall groß und sie im Kriege Wunder — aber der Achtstundentag ist für sie das Evangelium ihrer Menschenwürde, das sie schützen soll vor Ausbeutung ihrer Kraft, was der sie einen angemessenen Teil auch der Erholung widmen wollen. Der Produktionsausfall, der mit dem Achtstundentag verbunden ist, könne nur durch Verbesserung der technischen Industrieeinrichtungen wieder eingeholt werden — oder durch Einstellung von mehr Arbeitern, wovon sich die Arbeiter eine Verringerung der Zahl der Erwerbslosen versprechen.

Man hat den Generalleutnant Löffler auf Grund seines erwiesenen aufrichtigen sozialen Verständnisses zu bewegen versucht, eine führende Stellung in der Zentralstelle Deutsch Industrieeinrichtungen einzunehmen. Er hat das abgelehnt: „Ich halte", so sagt er, „es für zwecklos, mich von der Mühle des politischen Tageskampfes zerreiben zu lassen. Es ist besser, im stillen umfassend am Wiederaufbau zu arbeiten."

Kleine Chronik.

Ein erster deutscher Mieterlag

wurde am Mittwoch in Naumburg unter Beteiligung von 189 Delegierten (aus 89 Orten) als Vertreter von 190 000 Mietern abgehalten. Der Vorsitzende des Allgemeinen Mieterverbandes, Karl Rackluhl (Berlin-Pankow), erklärte die Verschmelzung des Allg. Mieterverbandes Deutschlands und des Bundes deutscher Mietervereine als dringend notwendig, da solche gewinne Front die Interessen der deutschen Mieterschaft gegenüber Gesetzgebung und Hausbesitzerschaft bilden werde. Mellwitz (Kiel) sprach ebenfalls über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der beiden Verbände und forderte u. a. Sozialisierung des Grund und Bodens. Es wurde darauf einstimmig die Verschmelzung beider Verbände zu einem deutschen Mieterbunde beschlossen. Der Bund verpflichtete sich zur Errichtung einer Geschäftsstelle in Berlin. Die Satzungen werden die Bestimmung erhalten, daß nur einer Mietergruppe an ein und demselben Orte Aufnahme in den Bund gewährt wird.

Verbreitung der Zivilisation.

Die Saarblätter bringen Meldungen über neue Untaten marokkanischer Soldaten im Saargebiet. Mehrere Schwarze haben in einem Vorstadthotel von Saarbrücken abends ein Dienstmädchen überfallen und vergewaltigt und es mit Erstechen bedroht. Die Fälle mehren sich wieder, daß junge Mädchen Opfer verbrecherischer Taten der schwarzen Soldaten werden. Die Saargrzeitungen protestieren vor allem dagegen, daß diese Verbrechen nach wie vor infolge der Einflüsse gewisser militärischer Stellen in der Presse nicht veröffentlicht werden sollen.

Letzte Telegramme.

Deutschlands Vertretung in Spaa.

B. Berlin, 30. April. Die Konferenz in Spaa dürfte nach der Auffassung der hiesigen Regierungskreise kein großer Kongreß werden. Das deutsche Reich wird deshalb in der Zusammensetzung der Kommission sich die größte Beschränkung auferlegen.

Der Streik der Elbschiffer.

B. Berlin, 30. April. Der Elbschiffahrtsstreik hat sich verschärft. Der Umtausch der Kähne ist gehindert. Es liegen jetzt auch Lebensmittelkähne fest, darunter zwei, die von Hamburg mit amerikanischen Lebensmitteln nach der Tschecho-Slowakei bestimmt sind. Im Reichsverkehrsministerium schweben Verhandlungen über eine Beilegung des Streiks.

Das Schicksal Nordschleswigs.

ep. Kopenhagen, 30. April. (Eigr Drahtmeldung.) Die Zeitung „Dannevirke" führt die Aufhindigung der Entscheidung der ersten Zone auf eine Meldung aus Paris zurück, daß eine neue Entscheidung in der Schleswig-Frage durch den Obersten Rat zu erwarten ist. Das Blatt schreibt, daß diese Entscheidung in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrage und dem Selbstbestimmungsrecht erfolgen wird, kann als selbstverständlich gelten. Die Clausensche Linie oder eine Linie etwas südlicher (?) wird Dänemarks neue Südgrenze werden, dann werden alle Dänen mit der alten Kraft dafür zu arbeiten haben, daß den Landsleuten in der zweiten Zone alle Unterstützung zuteil wird, welche im Rahmen des Friedensvertrages und der Völkerbundsparagraphen liegt.

Die Entente und Rußland.

ep. Kopenhagen, 30. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere amerikanische Gesandte in Kopenhagen, der abberufen wurde, weil der amerikanische Senat mit den Verhandlungen, die er mit russischen Sowjet-Vertretern geführt hatte, nicht einverstanden war, veröffentlicht in „Politiken" eine Rechtfertigung seiner Haltung. Er schildert die Stellungnahme der Entente zu Sowjetrußland ist eines der dunkelsten Kapitel der modernen Zivilisation. Die russische Ententepolitik sei durch und durch töricht. Nur wenn Rußland wieder hergestellt wird und seine unabsehbaren Reichtümer wieder an dem Umsatz teilnehmen, bedeutet die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für Europa. Es gibt wirklich Menschen, die es noch nicht für ausreichend halten, daß man Deutschland vollkommen idiotische Schadenersatzsummen auferlegt. Diese Leute wollen die gleiche Politik verfolgen. Während Europa vor Mangel an Lebensmittel und Rohmaterial vergeht, soll das größte produktive Reich in Europa abseits gestellt werden. Gegen diese Ungerechtigkeit hat meine Politik protestiert.

Lloyd George über San Remo.

Amsterdam, 30. April. Laut „Telegraaf" hat Lloyd George gestern im Unterhaus in seiner mit Spannung erwarteten Erklärung über die Verhandlungen von San Remo betont, daß die Konferenz jeden Verdacht beseitigt habe, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden könnte. Bezüglich der Entschädigungsfrage sagte Lloyd George, wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinen heutigen Zuständen nichts bezahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und darüber nachdenkt, wie es sie erfüllen kann. Lloyd George erwähnte sodann die bekannten Beschlüsse über Syrien, Mesopotamien und Palästina und bemerkte, wenn Amerika die Aufforderung des Obersten Rates auf Uebernahme des armenischen Mandats ablehnen sollte, so solle Mission erfolgen als Schiedsrichter bei der Feststellung armenischen Grenze aufzutreten.

Ueber Rußland sagte Lloyd George, der Oberste Rat hebe den Beschluß auf Anknüpfung von Handelsbeziehungen und Gewährung aller möglichen Erleichterungen bestätigt. Die russische Handelsdelegation werde in England zugelassen werden mit Ausnahme von Litwinow, der seinerzeit seine Vorrechte als amtlicher Vertreter der Regierung mißbraucht habe. Lloyd George fuhr dann fort, die Konferenz hat die vollste Harmonie in allen Fragen bewirkt und sie wird durch eine vollständige Einigung und diese Kameradschaftlichkeit ausgeschlossen. Die Spannung bei der siegreichen Beendigung des Krieges zwischen den Alliierten bestand.

Kapp in Schweden.

ep. Stockholm, 30. April. (Eigene Drahtmeldung.) Kapp wurde vom Gericht in Söderkiöp zu einer Geldstrafe von 25 Kronen verurteilt, weil er sich mit einem falschen Namen in das Fremdenbuch seines Hotels eingetragen hatte.

Der Wiederaufbau Europas.

ep. Newyork, 30. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Landesausschuß der Industriekammern der Vereinigten Staaten forderte die Regierungsbehörden auf, zugunsten des Wiederaufbaus Europas zu intervenieren, um die Einschränkung 1. zum Transport der für Europa notwendigen Rohmaterialien, 2. der offiziellen Förderung und Begünstigung der Privatbetriebe in Europa durch die Regierung, 3. der endgültigen Friedensbestimmungen, 4. Hebung der Industrien und Regelung des Devisenkurses, um Europa sein politisches Gleichgewicht wiederzugeben.

Sparkassenräuber.

B. Berlin, 30. April. Aus Köln wird der „B. Z." gedrahtet: Gestern Vormittag fuhr vor einer Hiesigen Sparkassen-Zweigstelle ein mit sechs Personen besetzter Auto vor. Während einer der Insassen draußen Wache hielt, begaben die anderen in den Raum ein, zwangen die Beamten mit vorgehaltenen Revolvern, sich mit dem Gesicht an die Wand zu stellen, und hinderten einen Beamten durch Würgen am Hilfe an der Benutzung des Fernsprechers. Die Räuber entwendeten 50 000 M. Nachdem sie ihren Verdacht ausgeführt hatten, die Polizei zu Hilfe, die gerade in dem Augenblick ankam, als der letzte der Räuber das Auto bestieg, das unerkannt davonfuhr. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Berliner Brief.

Berlin, 29. April.

Die Kellner streiken nicht mehr, wie ich Ihnen schon schrieb, und auch die Müllkutscher haben — nach wochenlangem Aufstand — sich zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. Dafür haben wir aber wieder einige neue Streiks bekommen, die für die Allgemeinheit nicht ganz so fühlbar sind, gleichwohl jedoch den von ihnen betroffenen Unternehmungen schwere Schädigungen bringen. In der Filmindustrie der drittgrößten Industrie Deutschlands, sind von den Arbeitern Forderungen in einer Höhe erhoben worden, wie selbst in dieser Beziehung Verwöhnte sie bisher nicht kannten. Hier ist zudem die interessante Tatsache festzustellen, daß die Arbeitgeberorganisation sich weigert, mit der Filmgewerkschaft als solcher zu verhandeln, und beschlossen hat, in Verhandlungen nur mit den Betriebsräten der einzelnen Fabriken unter etwaiger Hinzuziehung eines Gewerkschaftsmitglieds einzutreten — ein Standpunkt, von dem die Arbeitnehmer naturgemäß nichts wissen wollen. In einigen Großbetrieben, die eine neue Belastung ehr ertragen können, hat man sich bereits geeinigt, zumal gegenwärtig Hochsaison für die Aufnahme ist, in den mittleren und kleineren Betrieben aber, die durch die Bewilligung der erste Schwierigkeiten gestellt werden werden, bedauert der Ausstand fort.

Zugleich mit dem Filmleuten streiken auch die Brauereiarbeiter, und dieser Streik hat wieder einmal die Technische Nothilfe mobil gemacht. Denn da die Notstandsarbeiten nicht geleistet werden, so blieben die Brauereipferde, die schweren Holsteiner und Brabanter Gäule, die eine gute und reichliche Verpflegung gewöhnt sind, unversorgt, und nachdem man ein oder zwei Tage versucht hatte, sie durch das Bureaupersonal verpflegen zu lassen, wendete man sich an das neue Mädchen für alles, die Technische Nothilfe, die sich denn auch der Technik der Pferdebetreuung gewachsen zeigte und den Vierfüßlern gibt, was sie zu fressen und zu saufen.

Der dritte augenblicklich umgehende Streik betrifft die Bz Bg, die bahnamtlich zugelassenen Berliner Gepäckbeförderung G. m. b. H, die für den Transportes des Reisegepäcks sorgt. Sie hat in den letzten beiden Jahren immer wieder und wieder ihren Tarif erhöhen müssen, weil die Kosten der Wagen- und Pferdehaltung dauernd wuchsen, dat aber nur in geringem Maße an ihre Arbeiter und Angestellten gedacht, deren Einkommen in keinem Verhältnis zu der ständigen Verteuerung ihrer Lebenshaltung steht. Schließlich unterbreitete man der Gesellschaft Forderungen, die dieses Mißverhältnis wenigstens einigermaßen ausgleichen sollen, die Bz Bg erklärte sich jedoch außerstande, sie zu bewilligen, und die Antwort war der Streik, unter dem die Reisenden erheblich leiden. Nun hat bei den Reisenden, zum Dreikaiserhof, Gepäck nach oben von dem Bahnhof verursacht, nahm fast jeder die Bz Bg in Anspruch, die das Reisegut aus den Wohnungen abholte und es ermöglichte, daß man sich selbst dann mit der Straßen- oder Untergrundbahn zum Bahnhof begeben konnte. Wilde Kutscherwerte suchten augenblicklich an den Bahnhöfen wenigstens den hier Eintreffenden zu dienen, sie sind aber nur ein schwacher Ersatz und lassen sich zudem ihre Ausbüchsitätigkeit mit gepfefferten Preisen bezahlen. Zwischen den ausständigen Fahrern und Schaffnern und der G. m. b. H. haben Verhandlungen begonnen, deren Ergebnis der Gesellschaft vorgelegt hat, daß sie genötigt sein würde, den unwirtschaftlich gewordenen Betrieb ganz einzustellen, wenn sie ohne weiteres die Forderungen der Ausständigen erfüllen solle. Sie hat dieses vorgeschlagen, 25 Mann des Personals zu entlassen und den übrigen die Löhne nach ihren Wünschen aufzubessern — nur so werde es möglich sein, das Unternehmen fortzuführen. Damit sind die Streikenden vor eine eigenartige und nicht einfache Lage gestellt worden, und zurzeit suchen die Betriebsräte emsig nach einem Ausweg aus ihr. Eine Lösung im Sinn des Vorschlags, die beide Teile befriedigte, könnte es nur geben, wenn sämtlich ausständige sich freiwillig ihren Kollegen als Opfer aufbäten und ausscheiden, um so den anderen zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen. Aber es fragt sich, ob bei der modernen Jchsucht, die in der Not der Zeit ihre feste Wurzel hat, sich ein solcher Beschluß der Leute mit solcher heroischen Geste finden wird.

Diese kleinen Streiks werden nun alle am Sonnabend in den großen Streik der Maifeier münden. Die Deutsche Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung haben es zwar abgelehnt, den 1. Mai als Feiertag zu erklären, aber der sozialistische Wille der Arbeiterschaft kehrt sich nicht an diese Beschlüsse und wird die Ohnmacht der gesetzgebenden Körperschaften überwältigend demonstrieren. Allerdings wird im Gebiet von Groß-Berlin ein ziemliches Tohuwabohu herrschen, denn die einen Betriebe werden den Tag vorher gegen die Heiligsprechung des 1. Mai entscheiden — je nachdem in den Gemeindevertretungen Sozialisten oder Bürgerliche die Mehrheit haben. So werden in der Berliner Stadtverwaltung alle Kassen und Bureaus geschlossen sein, während z. B. in Berlin-Treptow voller Dienst wie an jedem Wochentag gehen werden soll. Ebenso wird die gesamte Industrie stilliegen. Bei den Ladengeschäften und in den Schreibstuben wird sich die Arbeitsruhe kaum voll durchführen lassen — festlich aklein, daß alle Fleischerläden geschlossen bleiben werden. Die großen Kaufhäuser werden nur von 10—11 Uhr geöffnet sein, und die Post wird in ihrem gesamten Verkehr Sonntagsdienst haben: mit beschränkten Schalterdienststunden und nur einem Briefbestellgang. Die Zeitungen werden nicht erscheinen, die Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahnen und Omnibusse nicht fahren. Die Eisenbahnen denken, den normalen Werktagsbetrieb aufrechtzuerhalten — vorausgesetzt, daß ihr dies möglich sein wird. Denn wenn auch die Beamten entschlossen sind, den vollen Dienst zu tun, so ist doch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiterschaft geneigt, der Maifeierparole zu folgen, und es wird darauf ankommen, ob die Zahl so groß ist, daß dadurch der gesamte Verkehr erheblich beeinträchtigt oder gar unterbunden werden kann. Alle lebenswichtigen Betriebe, wie Gas, Wasser, Elektrizität usw., werden aufrechterhalten werden, und ebenso werden die Theater, Lichtspielhäuser, Vereinshäuser, die Gasthäuser, Kaffeehäuser, Hotels, Konditoreien geöffnet sein. Ja sämtlichen Theatern haben sogar die Gewerkschaften eine Anzahl von Plätzen für ihre Angehörigen bestellt. Das einzige, was in dem übersonnigsten Berlin am Verkehr einzusehen wird, werden die Droschken sein, deren Besitzer und Führer beschlossen haben, in möglichster Vollständigkeit auf den Straßen zu erscheinen. Sie haben — im Gegensatz zu den Straßenbahnern und Hochbahnern — ein Interesse daran, denn sie arbeiten für sich selbst, und wenn dieser feiern, steigt ihr Weizen doppelt. Aber man soll ihnen an die Tarife überschreiben denken, die der 1. Mai bringen wird . . .

Richard Wilde.

Neuerwerbungen des Provinzialmuseums.

(Von Januar bis März 1920.)

Zahlreich waren die Angaben, Fundmeldungen und Funde nähme, die von dem regen Interesse gezeugt, das den Bestrebungen des Museums entgegengebracht wird. Wir können hier nicht die Namen der Geber aufführen, die das Museum in dieser Weise unterstützt haben. Nur einige besonders wichtige Neuerwerbungen seien im folgenden genannt:

Herr Stud. Gandert schenkte die Funde aus einem Grabe der jüngeren Steinzeit von Söllichau im Kreise Bitterfeld, nämlich zwei Amphoren, einen hohen Topf und eine Schale. Es sind die charakteristischen Gefäße einer in bestimmten Gegenden Nord- und Mitteldeutschlands verbreiteten Grabergruppe, die der Kugelamphorengräber. Das Museum besitzt bereits mehrere Funde dieser Gruppe, so die in Saal III aufgestellte große, aus Steinblöcken errichtete Grabkammer von Barby und die Gefäße in Saal 4, in dem auch die Neuerwerbung steht. Die Funde der in unserer Gegend so stark vertretenen Kulturgruppe der mitteldeutschen Schnurkeramik wurden vermehrt durch die Erwerbungen eines Grabfundes von Krönna und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200430017/fragment/page=0002